

Die Klassendiktatur der Monopolbourgeoisie

## Städte und Gemeinden im Würgegriff der Konzerne

Städte und Gemeinden sind das Spiegelbild einer jeden Gesellschaftsordnung. In kapitalistischen Ländern wie der BRD werden in ihnen die allgemeine Krise und alle ihre unsozialen und antidemokratischen Auswirkungen besonders sichtbar: die verschärften sozialen Gegensätze und Gebrechen dieses Systems, zyklische und strukturelle Krisen, die chronische Krise der kapitalistischen Staatsfinanzen, Krisen auf dem Gebiet des Bildungs-, Sozial-, Wohnungs- und Verkehrswezens sowie des Umweltschutzes, die Krise der bürgerlichen Demokratie, der Moral und Lebensweise. Die Kommunalpolitik steckt in einer tiefen Misere.

### Die Leidtragenden sind immer die Bürger

Das Monopolkapital hat die Stadt fest im Griff. Die Herren über Eisen und Stahl, über zigtausend Arbeiter und Angestellte sind auch die Beherrscher dieser Stadt. Von den Entscheidungen der Vertreter des Monopolkapitals und nicht von denen der Abgeordneten des Stadtparlaments hängt heute das Wohl und Wehe der Duisburger ab. Erst verhinderten die Montankonzerne mit einer den Kommunen aufgezungenen „Bodensperre“ im Ruhrgebiet die Ansiedlung neuer Industrien. Jetzt drosseln sie die Auslastung ihrer Kapazitäten um über ein Drittel, |

Selbst bunte Fassaden und glitzernde Neon-Reklamen, moderne Gebäude und geschickte Verkehrslösungen können das immer weniger vertuschen.

Nehmen wir Duisburg, eine bis vor wenigen Jahren aufstrebende Stadt. Bunte Werbebrotschüren priesen sie als „größten Binnenhafen der Welt“, als „größte Stahlstadt Europas“. Die jüngste Wirtschafts- und Stahlkrise hat die Stadt völlig ruiniert. Sie hat mit nahezu acht Prozent die höchste Arbeitslosenrate der BRD. Die Schulden der Stadtverwaltung betragen über 1,2 Milliarden DM. Duisburg ist also nunmehr völlig pleite.

schließen Werkteile, setzen Arbeiter und Angestellte auf die Straße, reduzieren ihre Steuerzahlungen, wobei ihre Profite weiter steigen, ihre Dividenden stabil bleiben.

Die Folge ist in Duisburg die Farce einer Kommunalpolitik. Einerseits wurden höheres Eintrittsgeld für Museen, Bibliotheken, Bäder und Sportstätten, höhere Tarife für Straßenbahn und Bus, Straßenreinigung, Wasser und Abwässer, Müllabfuhr und Altenheime beschlossen, die Zuschüsse an Oper, Theater und Orchester sowie an Volkshochschule, Jugendheime und den Zoo über-

prüft. Andererseits mußten alle stadteigenen Grundstücke und Häuser sowie ein respektables Aktienpaket von 92,3 Millionen DM an den Energiekonzern Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke verkauft werden um wenigstens die laufender Verwaltungsausgaben zu bestreiten. Innerhalb von vier Jahren hat die Stadt durch Verkäufe einen Substanzverlust von einer viertel Milliarde DM.

Das Großkapital und seine Profitpolitik haben Duisburg bettelarm gemacht. Der Spielraum für eine echte Kommunalpolitik im Interesse der Bürger ist entzogen.

Allein der Verkauf von Grünland besitzt macht jegliche sinnvolle Stadtplanung unmöglich.

Die Leidtragenden sind die Bürger. Jene, die dazu in der Lage sind, verlassen in großer Zahl die Stadt, vor allem einkommensstarke Bevölkerungsgruppen. Aber damit schwindet die Kaufkraft. Steuern und andere Einnahmen gehen noch deutlicher zurück. Doch die Kosten für die Infrastruktur und die schwerwiegenden sozialen Probleme bleiben unsteigen.

Duisburg ist nur ein Beispiel - wenn auch ein drastische. Überall hat die Krise die Kommunen in eine große Finanzkrise gestürzt. Keine Kommune kann sich heute ohne Preis- und Tarifierhöhungen über Wasser halten. Mußten 1969 die Bürger der BRD 8,8 Milliarden DM an Gebühren und Entgelten für kommunale Leistungen aufbringen, so waren es 1971 bereits 20 Milliarden DM. Das konnte jedoch nicht verhindert werden, daß die Verschuldung